

Über die Schlagzeile hinaus

Andreas Hamm zu seiner Arbeit und was er uns mit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst mit auf den Weg gibt

hlz: *Du blickst auf fast 30 Jahre Arbeit als GEW-Referent zurück, der sich um Tarif- und Rechtsfragen gekümmert hat. Was würdest du als deinen größten Erfolg betrachten?*

Andreas: Das ist eigentlich relativ einfach: der größte Erfolg ist die Arbeit mit den schulischen Personalräten. Bedauerlicherweise ist dieser größte Erfolg ziemlich am Ende meiner Zeit in Hamburg. Dazwischen gibt es vielleicht auch noch einen Punkt, den man unbedingt nennen muss: Das ist die in die allgemeine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung eingebettete Aktion der GEW zur Arbeitszeitverkürzung der Lehrkräfte 1988, wenn ich das richtig erinnere, wo wir ja mit mehreren tausend Kolleginnen und Kollegen an einem Tag gestreikt und auch tatsächlich damals erreicht haben, dass es eine, wenn auch geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit gab, wovon man heute nur noch den freien Tag zwischen den Schulhalbjahren erkennen kann.

hlz: *Wo Licht ist, ist auch Schatten, was war denn die Niederlage?*

Andreas: Die Niederlage, wenn ich das jetzt nicht persönlich betrachte, ist die gewerkschaftliche Arbeit im gesamten Bereich der Weiterbildung und der privaten Bildungseinrichtungen. Da haben wir am Anfang meiner Zeit hier, also 1985, ziemlich viel Arbeit investiert. Ich habe gerade in der alten hlz gesehen, dass mein erster Artikel zu einem Streik an der Hamburger Fremdsprachenschule

war. Es ist uns nicht gelungen in diesem Arbeitsmarkt so organisiert aufzutreten, dass man dort wirklich was für die KollegInnen hätte erreichen können. Und inzwischen muss man aufgrund der Sparpolitik feststellen, dass in weiten Teilen dieser Arbeitsmarkt tot ist, dass es also die Einrichtungen nicht mehr gibt, dass sie aufgelöst wurden und die KollegInnen dann nicht weiterbeschäftigt werden konnten. Das, finde ich, ist für unsere Arbeit hier, für meine Arbeit der negativste Punkt, den ich erkennen kann.

hlz: *Im Rahmen der individuellen Beratung wirst du von mancher/m KollegIn als, sagen wir mal, ruppig wahrgenommen. Was entgegnest du darauf?*

Andreas: Ich will gar nicht bestreiten, dass ich als ruppig wahrgenommen werde und ich will auch nicht bestreiten, dass

Ich will nicht bestreiten, dass ich ab und zu möglicherweise mal ruppig gewesen bin

ich ab und zu möglicherweise mal ruppig gewesen bin, aber bei ganz viele Punkten, bei denen mir das vorgeworfen wird, geht es darum, dass es auch in Deutschland und nicht nur im alten Griechenland üblich ist, den Überbringer schlechter Nachrichten für dieselben zu verprügeln, weil es eben halt viele Punkte gibt, wo KollegInnen sich ungerecht behandelt fühlen und man ihnen leider sagen

muss: rechtlich gesehen kann man da gar nichts machen.

Und das ist eine Wahrnehmung, die über die gesamte Arbeitszeit, aber insbesondere doch erst in der zweiten Hälfte meiner Tätigkeit sichtbar geworden ist, weil das die Zeit war, in der ich dann auch den Rechtsschutz übernommen habe. Das war am Anfang ja nicht meine Aufgabe, am Anfang war ich für Tarif- und Angestelltenpolitik zuständig und für Personalrats- und Betriebsratsbetreuung. Nachdem der Kollege Amme bei der GEW ausgeschieden ist, da habe ich auch den Rechtsschutz und die Rechtsberatung übernommen und hatte dann natürlich genau mit diesen Problemen zu kämpfen. Interessanterweise wurde das über den Kollegen Amme auch so gesagt und wenn man sich im bundesweiten Rechtsschutz der GEW umhört, dann haben alle Leute, die im Rechtsschutz arbeiten, den Vorwurf auszuhalten, sie seien abweisend, ruppig oder würden sich nicht für die KollegInnen einsetzen.

De facto glaube ich aber, dass wir in Hamburg und bundesweit und auch ich persönlich relativ viel erreicht habe durch die Art, mit den Behörden zu kommunizieren, also viele Angelegenheiten auf kurzem Dienstwege zu lösen, was in Hamburg natürlich zugebenermaßen auch deutlich einfacher ist als in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen.

hlz: *Trotzdem, in der GEW habe ich auch schon mal den Satz gehört, eher ginge ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass*

die GEW Rechtsschutz gewähren würde. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen wider: Der hamburgische Landesverband zählt zu denen, die regelmäßig die niedrigsten Prozesskosten haben. Ist das nun gut oder schlecht?

Andreas: Das würde ja bedeuten, dass man Rechtsschutz auf Prozesskosten zu reduziert. Das halte ich für falsch, weil der Rechtsschutz ja aus mehreren Teilen besteht. Er besteht daraus, im Zweifel auch ein Gerichtsverfahren zu führen. Da muss ich sagen, die, die wir geführt haben, haben wir in der Regel auch gewonnen. Das bedeutet aber, dass wir die, bei denen wir eingeschätzt haben, dass es nicht erfolgreich ist, auch nicht geführt haben und versucht haben, andere Lösungen zu finden.

Es gibt keinen Grund darauf stolz zu sein, dass man – ich

glaube, wir sind an drittletzter Stelle der Rechtsschutzkosten pro Mitglied oder viertletzter – so niedrige Rechtsschutzkosten hat, sondern es kommt auch darauf an zu gucken, was man konkret erreicht.

Eigentlich bin ich ganz zuversichtlich. Ich will das mal an zwei Beispielen versuchen ganz kurz zu erläutern. Wir haben häufig das Problem bei Arbeitnehmern – insbesondere bei ErzieherInnen und SozialpädagogInnen – in den Schulen, dass die berufsfremd anfangen und dass dann die Bezahlung niedriger ist als bei voll ausgebildeten. Wir haben jetzt aufgrund vielfacher Diskussionen mit der Schulbehörde eine nirgendwo aufgeschriebene, aber doch wahrscheinlich wirksame Vereinbarung getroffen, nach welchen Kriterien die KollegInnen

mit Ablauf welcher Zeit höher gruppiert werden können. Das kann man im Gericht nicht erreichen, jedenfalls nicht für alle, sondern höchstens im Einzelfall und da auch eher selten.

Wir haben zweitens in einem anderen Fall einen Rechtsschutz verwehrt, weil wir der Auffassung waren, dass das Ergebnis dieses Verfahrens zwar sein würde, dass die Kollegin den Prozess gewinnt, aber dass dieser Sieg vor Gericht eine Niederlage für die GEW darstellen würde und das war das Thema „gleiche Unterrichtsstundenverpflichtung“ an einer Gesamtschule, wo vor dieser Gerichtsentscheidung GymnasiallehrerInnen weniger unterrichten mussten als Volks- und RealschullehrerInnen, was völlig ungerecht ist. Das hat das Gericht auch so gesehen, aber was dann dazu geführt hat,



Kooperation – „auch damit sichert sich die GEW ihren Einfluss“. Andreas Hamm (rechts) mit Senatsdirektor Rosenboom auf der PR-Konferenz anlässlich der Bekanntgabe von Entlastungen im September d. J.



Andreas wie wir ihn kennen: Pointiert, nicht ohne Witz und mit einem Quäntchen Ironie, das manchem wie ein Quantum erscheint

dass die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer an Gesamtschulen angehoben, die der Volks- und Realschullehrer aber eben nicht entsprechend abgesenkt worden ist. Das konnte man erwarten, weil die Versorgungslage an den Schulen schlecht war. Andererseits gab es vorher eine gleichlautende Entscheidung bei Berufsschulen, wo die Versorgungslage total gut war und alle Lehrkräfte auf die damals geltenden 24 Stunden abgesenkt worden sind.

Das heißt, man muss im Rechtsschutz auch ein bisschen darauf achten, welche Wirkungen ein individuelles Verfahren auf die Gesamtheit der GEW-Politik hat. Ich war ja für beide Bereiche zuständig, also sowohl für Angestellten- und Beamtenpolitik wie für den Rechtsschutz und habe dies, glaube ich, zu einem Grundkriterium gemacht. Ich will aber nicht bestreiten, dass man vielleicht großzügiger Rechtsschutz hätte vergeben können, weil es ja nicht unser Problem ist, ob die KollegInnen die Prozesse gewinnen oder nicht. Aber unterm Strich, glaube ich, haben wir doch relativ viel rausgeholt.

hlz: Was hast du in Rückschau auf deine Arbeit als besondere Herausforderung angesehen?

Andreas: Die besondere Herausforderung war tatsächlich die Diskussion um die Einführung der schulischen Personalräte, nicht, weil das eine politische Diskussion ist. Die haben wir ja geführt und die Gesetzesänderung politisch bekämpft. Dann standen wir vor der Entscheidung, etwas zu tun ist. Reflexartig kam die Diskussion auf: Wir haben uns politisch nicht durchgesetzt, jetzt müssen wir vor die Gerichte ziehen. Das haben wir bei der Lehrerarbeitszeit auch lange rauf und runter diskutiert.

In diesem konkreten Fall der Schulpersonalräte habe ich dem Vorstand gegenüber schriftlich, – das habe ich ganz selten gemacht – gesagt: KollegInnen, wir müssen uns darum kümmern, in diese Schulpersonalräte reinzukommen und die Arbeit zu betreuen. Dann haben wir die Chance, das von der Behörde als Personalvertretungsabbaugesetz geplante Gesetz in ein Personalvertretungsausbaugesetz umzuwandeln. Wir haben dann nämlich vor Ort KollegInnen, die wir a) gut informieren können, die wir b) betreuen können und die auch die Position der GEW wieder verbreiten.

Ich glaube, wir haben inzwischen erreicht, dass an den Hamburger Schulen Personalrat mit GEW oder GEW mit Personalrat vielleicht nicht gleichgesetzt, aber doch zumindest in einem Zusammenhang gesehen wird. Das, finde ich, ist wirklich ein Erfolg, den ich natürlich nicht alleine erreicht habe, sondern da gab es schon ein paar KollegInnen, die da engagiert mitgearbeitet haben.

hlz: Du hast über die Bundesebene viele Vertreter der GEW auch aus anderen Landesverbänden kennengelernt, bist in so manchem Landesverband als

Referent aufgetreten, nicht zuletzt, weil sie dich als profunden Kenner der Materie und als guten Redner schätzten. Kannst du Unterschiede zum Hamburger Landesverband ausmachen?

Andreas: Es gibt einen ganz grundsätzlichen Unterschied immer zwischen Stadtstaaten und Flächenländern. Also, in den Flächenländern funktioniert GEW-Arbeit ganz anders. Ich habe das in Nordrhein-Westfalen erlebt, wo ich vier Jahre Geschäftsführer beim Stadtverband Münster war. Da kann natürlich Sachkompetenz und politische Kompetenz vor Ort nicht in dem Maße vertreten sein wie in einem Stadtstaat. Insofern gibt es schon mal diesen Unterschied, dass es keine Kreis- oder untere Ebene gibt, in der man GEW-Arbeit jetzt organisieren muss. Das passiert alles auf der Landesebene.

Politisch-inhaltlich habe ich den Eindruck, dass es keine wirklich großen Unterschiede in der GEW gibt. Da wurde immer gesagt: Hamburg: linker Landesverband und Bayern: linker Landesverband und Baden-Württemberg: konservativer Landesverband. Das, finde ich, kann man gewerkschaftlich eigentlich so nicht betrachten, weil die interessante Frage eigentlich immer ist: was macht ein Landesverband für seine Mitglieder in seinem Bundesland. Ich glaube, dass das tendenziell überall gut läuft und dass man das meist an der Entwicklung der Mitgliederzahlen sehen kann, ob die Politik ankommt. Das ist zwar alles ein bisschen vermittelt, aber unterm Strich merken die Beschäftigten, ob das eine Organisation ist, die was für einen tun kann und dann gehen die da auch rein.

hlz: Du gehst jetzt in den vorgezogenen Ruhestand, verabschiedest du dich damit auch innerlich von der GEW?

Andreas: Nein, das kann ich

nicht sagen, dass ich mich innerlich verabschiede. Ich scheidet nicht im Zorn, ich scheidet aus, weil ich denke, dass es für mein Leben ganz gut ist, wenn ich so ein bisschen gleitend in die völlige Rentenzeit überwechsle, so Gott will. Man weiß ja nicht, was mit einem so alles passiert.

Ich scheidet nicht im Zorn, bin ganz gerne in der GEW gewesen, berate auch meine Nachfolgerinnen weiter und bin ja auf dem letzten Gewerkschaftstag auch zum ehrenamtlichen Leiter der Landesrechtsschutzstelle gewählt worden. Das heißt also, ich bleibe dem Thema auch erhalten. Ich werde weiter die Fortbildung für die schulischen Personalräte mitmachen. Wir sind ja sechs/sieben Leute, die diese Fortbildungen durchführen und, wie ich finde, auch sehr erfolgreich. Wir hatten gerade heute wieder eine, in der wir die Einführung ins Personalvertretungsrecht gemacht haben. Ich glaube, das ist ganz wichtig und das macht auch Spaß. Da hat man Leute, die kommen von der Schule, haben viele Fragen, haben viele Probleme, aber auch den Willen, etwas zu ändern und sich zu engagieren, und deswegen mache ich das gerne. Aber ansonsten wird es hoffentlich auch noch ein paar Themen und Aufgaben geben, die außerhalb der GEW-Nähe sind. Von daher bleibt da sicherlich auch noch ein bisschen Zeit für andere Dinge.

hlz: *Wir wissen alle, die GEW befindet sich im Umbruch, sei es demografisch, sei es, weil der gewerkschaftliche Geist sich verändert hat. Welchen Ratschlag gibst du der GEW mit auf den Weg?*

StarrednerInnen der letzten VV (höchste Wertung: 6 Sterne)				
	Schwafelfrequenz	Unterhaltungswert	Schnarchkoeffizient	Vorschlag
Horst Bethge	★★★★★	★★★	★★	Manuskript
Delo	★★	★★	★★★	Stimmbildung
Gudrun Z.	★★★	*	★★★★	Schwung
Anna Ammon	★★	★★	*	Lächeln
Andreas Hamm	*	★★	*	--

Starredner Hamm: klar vorn in der Hitliste des früheren HLZ-Kolumnisten Fidel Chanel aus: hlz 10/1994

Andreas: Die Frage, ob sich der gewerkschaftliche Geist verändert hat, wäre vielleicht noch mal ein Thema einer intensiven Untersuchung. Vielleicht gibt es ja jemanden, der mal darüber seine Doktorarbeit schreiben will, denn ich glaube, dass das nur zum Teil richtig ist. Gewerkschaften haben immer zwei Seiten gehabt: gestalten, politisch gestalten, gesellschaftlich gestalten auf der einen Seite und auf der anderen Seite Mitgliederinteressen der einfachen Art zu vertreten.

Was vielleicht ein bisschen anders geworden ist, ist, dass das Gewicht zwischen der individuellen Interessensvertretung und der gesellschaftlichen Gestaltung sich verschoben hat. Aber ich glaube gar nicht, dass sich das so großartig verändert hat – jedenfalls wenn man sich den Landesverband Hamburg anguckt. Dann, finde ich, ist der Landesverband sehr politisch, tritt sehr politisch auf und wird in der Stadt auch als solcher wahrgenommen und wird auch ernst genommen. Vielleicht wurde er früher, als der Eindruck war, er würde nur politisch auftreten, weniger ernst genommen als heute. Insofern habe ich eigentlich gar keinen Ratschlag für die GEW. Man sollte natürlich niemals sagen: Bleib so, wie du bist. Das ist immer schlecht, man muss sich verändern, man muss die gesellschaftlichen Entwicklungen berücksichtigen. Aber ich

glaube, dass die GEW in Hamburg, so wie sie aufgestellt ist, auf einem ganz guten Weg ist.

Ich habe tatsächlich die Bitte oder fordere euch auf: Kümmert euch darum, dass die Struktur und die Arbeit der Personalräte an Schulen erhalten, ausgebaut und gefördert wird. Damit sichert sich die GEW ihren Einfluss im Bereich der Schule. Das heißt, da wird sie dann auch ernst genommen, wenn sie in politischen Fragen tätig wird. Wir haben das gerade aktuell erlebt: Wir wollen Entlastungen und haben welche gekriegt. Die finden wir nicht nur toll, weil nicht ausreichend, aber immerhin hat sich etwas bewegt. Das beruht darauf, dass nicht nur die GEW eine Schlagzeile produziert hat, sondern dass es auch vor Ort jede Menge KollegInnen gab, die dieses Thema aufgenommen haben. Das Gleiche gilt auch für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes. Auch da wird auf die GEW gehört. Vielleicht könnte die GEW innerhalb des DGB und gegenüber Ver.di etwas offensiver auftreten, aber nicht übermäßig.

hlz: *Ich nehm das mal als dein Credo: Fahrt aufnehmen – in die gleiche Richtung. Wir danken dir für das Gespräch und wünschen dir einen gelungenen Einstieg in den neuen Lebensabschnitt.*

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS